



Der städtische Haushalt 2021: Glück im Unglück

- **Freistaat sorgt für Geld in Stadtkasse**
- **Geld ersetzt keine Ideen**

Natürlich sind die Gewerbesteuer-einnahmen durch die pandemische Bremse in der Wirtschaft eingebrochen. Doch wurde der Verlust dankenswerter Weise durch eine Sonderübertragung des Landes weitgehend ausgeglichen. Auch die Schlüsselzuweisungen, eine Form des kommunalen Finanzausgleichs, fielen üppiger aus als zuvor. Der Gemeindeanteil der Einkommensteuer änderte sich nur unwesentlich, so dass insgesamt die Haushaltssituation der letzten Jahre unverändert fortgeführt werden konnte. Das ist einerseits gut, weil spürbare Ausgabenausfälle nicht verkraftet werden mussten, andererseits auch schade, weil dringend notwendige Strukturanpassungen nicht oder zu wenig angeschoben werden brauchten.

Die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt, einer Veranstaltung mit den Jugendlichen der Stadt zeigte ganz klar, dass die Wünsche und Bedürfnisse der nächsten Generation in der Schonung, Pflege, Erhalt und Ausbau unserer natürlichen Lebensgrundlagen liegen. Sie fordern mehr Grün, mehr Bäume, mehr Parks, mehr Öffnung der Bebauungsdichte in unserer Stadt. Umwelt- und Klimaschutz im kommunalen Bereich wird zu einem wesentlichen Teil der städtischen Aufgaben anwachsen. Deshalb hat die CSU nicht ohne merklichen Widerstand auch von den Grünen den Klimaschutzarbeitskreis angeschoben. Für seine Arbeit liegt Geld bereit, doch wurde noch kein Euro davon ausgegeben.

Ein Klimamasterplan, dem der Stadtrat auf Antrag der CSU zugestimmt hatte, ist noch in weiter Ferne, die Bürgerplattform auf der Homepage der Stadt zur Beteiligung der Öffentlichkeit für Ideen zum Klimaschutz wurde im ersten Anlauf abgewürgt. Wir werden aber die Sache hartnäckig weiterverfolgen.

Seit Jahren warnen wir vor einem Mangel an Gesundheitsleistungen, angesichts des hohen Alterdurchschnitts von Haus- und Fachärzten in Rödental. Wir hatten auch schon Vorschläge in Antragsform dem Stadtrat vorgelegt. Dieser und die Verwaltung mit dem Bürgermeister teilte unsere Auffassung der Dringlichkeit des Problems nicht. Aktuell hat sich die Lage wieder zugespitzt, so dass schon in Rente gegangene Mediziner reaktiviert werden mussten. Auch andere Hausärzte arbeiten noch, schon weit über ihre Altersgrenze zum Ruhestand hinaus. Dass die Stadt ihre Attraktivität zur Neuansiedlung von Ärzten nicht erhöhen kann, ohne deutlich Geld dafür in die Hand zu nehmen, müsste eigentlich einleuchtend sein. Im Haushalt sucht man danach vergebens.

Die Pandemie des Covid-Virus hat deutlich gemacht, dass die Gesellschaft auf Katastrophen dieser und anderer Art nicht genügend vorbereitet ist. Sicher gab es dafür in der Vergangenheit ausgearbeitete Konzepte. Diese hatte aber niemand richtig ernst genommen und sie verschwanden in vielen Schubladen. So hatte auch die Stadt Rödental ein Gremium aus ausgewählten Fachleuten zum Schutz vor Katastrophen eingerichtet. Es arbeitete bis jetzt im Verborgenen und rein ehrenamtlich. Die Vorschläge, die dort entstanden sind, zum Beispiel für einen Totalausfall der elektrischen Versorgung, können sich gut sehen lassen. Aber zu ihrer Umsetzung braucht es Personal und Material, das nicht umsonst zu haben ist. Auch dafür fehlen bis heute die Mittel.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass unsere kommunale Finanzpolitik den Verschiebungen in den aktuellen Notwendigkeiten deutlich hinterherhinkt, geschweige denn, dass sie mit finanziellen Mitteln versucht der veränderten Struktur Gestalt zu verleihen.

*Dr. Elmar Palauneck
Fraktionsvorsitzender*



v.l.n.r.: Gerd Mücke, Stefan Zapf, Trixi Preß-Zapf, Dr. Wolfgang Hacker, Dr. Elmar Palauneck

Windkraftanlagen in Fornbach: Stadtrat schafft ohne Not Fakten

- **Bürger müssen beteiligt werden**
- **Interkommunale Abstimmung ist ein Gebot der Vernunft**

Ohne Zweifel: Regenerative Energiegewinnung ist für den Klimaschutz wichtig. Auch die Stadt Rödental muss darüber nachdenken, ob und wie in Zukunft auf ihrem Gebiet eine nachhaltige Stromerzeugung möglich ist. Dies erfordert aus Sicht der CSU aber eine breite Diskussion und einen ausführlichen Gedankenaustausch – vor allem mit den betroffenen Bürgern. Die im Eiltempo beschlossene Ausweisung eines Vorranggebiets – wie in Fornbach geschehen – passt dazu gerade nicht.



Bald auch in Fornbach? In Rottenbach drehen sich Windräder.

Mit den Stimmen der Freien Wählern, der SPD und der GRÜNEN (mehrheitlich) fasste der Rödentaler Stadtrat in seiner Sitzung im März den Beschluss, nordwestlich von Fornbach ein Vorranggebiet für die Errichtung von Windkraftanlagen im Regionalplan Oberfranken-West auszuweisen. Das war der erste Schritt, damit auf dieser Fläche drei Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von bis zu 250 Metern und einer Leistung von sechs Megawatt errichtet werden können.

Die CSU Rödental hatte sich gegen diesen Beschluss ausgesprochen. Sie stört sich vor allem an der Vorgehensweise. Ohne Not wurde hier innerhalb kürzester Zeit eine weitreichende Entscheidung gefasst.

Die CSU befürchtet, dass die Kommunen in ein „Kirchturmdenken“ verfallen könnten. Dies gilt ganz besonders bei der Errichtung von Windkraftanlagen. Denn diese benötigen spezielle Voraussetzungen (z.B. Windstärke, Abstand zur Wohnbaufläche etc.), die nicht jeden potenziellen Standort sinnvoll erscheinen lassen. Die Er-

fahrungen von anderen Standorten zeigen zudem, dass ein Windkraftprojekt nur dann erfolgreich sein kann, wenn es gemeinsam mit den Bürgern entwickelt wird.

Es reicht nicht, wenn jede Gemeinde für sich Bereiche definiert, an denen auf ihrem Gebiet einzelne Parameter erfüllt sind. Wichtig wäre vielmehr, dass sich Nachbarkommunen abstimmen, um vorab den am besten geeigneten Standort für einen Windpark zu finden. Dies entspricht auch dem üblichen Vorgehen aus der Vergangenheit. So weist nicht jede Gemeinde eine bestimmte Fläche aus, auf der konventionelle Stromgewinnung (wie z.B. in Kohle- oder Gaskraftwerken) erfolgen könnte. Vielmehr sucht die Kommune, wenn entsprechende Planungen erforderlich sein sollten, im Vorfeld die regionale Abstimmung. Die Aufnahme der Fläche auf dem Gemarkungsgebiet Fornbach in den Regionalplan Oberfranken-West

nimmt das Ergebnis dieses wichtigen Kommunikationsprozesses vorweg.

Die Errichtung von Windkraftanlagen kann erhebliche Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Windräder sind häufig kilometerweit zu sehen. Akzeptanz für diese Veränderung wird nur geschaffen, wenn die Bürger schon von Beginn an an der Entwicklung beteiligt werden. Nur so können bereits im Vorfeld deren Bedenken angemessen berücksichtigt werden. Die Ausweisung als Vorranggebiet schafft demgegenüber bereits Fakten. Die CSU Rödental bedauert dies. Hier wurde eine Chance vertan.

**CSU RÖDENTAL ONLINE
FOLGEN SIE UNS
AUCH AUF FACEBOOK
UND INSTAGRAM**



Vermischtes

- **Spittelstein: Spielplatz jetzt mit Rutsche!**

Auf dem Spittelsteiner Spielplatz steht seit Kurzem auch ein Spielturm mit der ersehnten Rutsche. „Es ist toll, dass das alles so schnell geklappt hat. Ein großes Dankeschön an die Mitarbeiter des Bauhofs für die kurzfristige Umsetzung.“ so CSU-Stadtrat Wolfgang Hacker, der zuletzt den langgehegten Wunsch an die Stadt herangetragen hatte.

Die CSU Rödental wünscht den Kindern viel Spaß mit dem neuen Spielgerät.



- **Jubiläum / Ehrung für CSU-Verantwortliche**



Der CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Elmar Palaunek gehört seit 25 Jahren dem Rödentaler Stadtrat an. Für dieses „Dienstjubiläum“ wurde er in der Maisitzung geehrt. Auch die CSU Rödental sagt: Herzlichen Dank!

Als besondere Ehre wurde zudem der langjährigen Vorsitzenden unseres Ortsverbandes Ingrid Ott für ihr vielfaches Engagement in diversen Vereinen die Bürgermedaille der Stadt Rödental verliehen. Auch hierzu: Herzlichen Glückwunsch!



- **Wertstoffhof: Chance auf verbessertes Serviceangebot vertan!**

Es wird weiterhin in Rödental keine Samstagöffnung des Wertstoffhofs geben. Einen entsprechenden Antrag der CSU lehnte der Stadtrat ab. Selbst eine zeitlich begrenzte Versuchsphase wird es nach dem Willen der Mehrheit des Gremiums nicht geben. Damit bleibt bei den Öffnungszeiten alles beim Alten – anders als bei allen anderen Sammelstellen im Landkreis Coburg kann Wertstoff in Rödental auch zukünftig nur unter der Woche am Montag, Mittwoch und Freitag nachmittags entsorgt werden. Arbeitnehmerfreundlich geht anders! Die CSU bedauert daher diese Entscheidung des Stadtrats.



- **CSU Rödental erfreut: Automatisierte Bahnschranken kommen!**

Die CSU Rödental begrüßt die Ankündigung der Deutschen Bahn, die Rödentaler Bahnübergänge zu modernisieren. Diesen Schritt teilte Konzernbevollmächtigter für den Freistaat Bayern, Klaus-Dieter Josel, in einem Schreiben an den Coburg/Kronacher Wahlkreisabgeordneten Hans Michelbach mit.

Michelbach hatte sich zusammen mit der CSU Rödental an den Vorstand der Deutschen Bahn gewandt und – einmal mehr – auf die unbefriedigende Situation an den Bahnschranken Rödental hingewiesen. Wie Josel in seinem Antwortschreiben mitteilt, hat die Deutsche Bahn die Planungen für eine Erneuerung des Stellwerkes eingeleitet. Im Zuge dieser Maßnahme, die für das Jahr 2024 in der Investitionsplanung der DB Netz AG hinterlegt sei, werde auch die Ausrüstung der Rödentaler Bahnübergänge mit einer neuen Sicherheitstechnik erfolgen. Damit wird auch der bisherige Handbetrieb der Schrankenanlagen durch den Fahrdienstleiter oder Weichenwärter entfallen. Die Bedienung der Schranken wird dann automatisch erfolgen.

Die CSU Rödental zeigt sich über diese Ankündigung erfreut – auch wenn sie daran festhält, dass eine kurzfristigerer Lösung erforderlich ist!



BUNDESTAGSWAHL
26. SEPTEMBER 2021

Wir sind eine Region!

Viele Themen.
Große Herausforderungen
Unglaubliche Chancen!

**DR. JONAS
GEISSLER**

 CSU
Näher am Menschen


Unser Kandidat für den Bundestag Dr. Jonas Geissler im Gespräch

Bei Ihrer Nominierung als Bundestagskandidat war Ihr Slogan „Gemeinsam für Coburg, Kronach und Geroldsgrün!“. Was verbindet die beiden Landkreise und die Gemeinde Geroldsgrün miteinander?

Wir alle lieben unsere Heimat und die Natur. Ich glaube, das ist der Kern dessen, was unsere Region ausmacht und auch stark macht. Egal ob im Coburger Land oder im Frankenwald, bei uns werden Traditionen, Brauchtum und ein offener Blick für die Welt um uns herum einfach großgeschrieben. Während in anderen Regionen um die Frage des Stellenwerts von Natur und Mensch gerungen wird, haben wir hier schon seit Generationen zukunftsfeste Antworten gefunden. Wir kennen einfach unsere Wurzeln und deshalb wissen wir auch mit künftigen Herausforderungen umzugehen.

Welche großen Herausforderungen sehen Sie in der Zukunft?

Der Klimawandel wird sicher eine der großen Herausforderung sein. Und damit verbunden auch die Verbindung von Ökologie und Ökonomie. Nicht als Gegensatz, sondern als

echte Einheit. Corona hat uns zudem gezeigt, wie wichtig Gesundheit und Pflege ist. Hier müssen wir dringend handeln.

Neben diesen bundespolitischen Fragen gibt es aber auch regionale Topthemen. Welche drei Themen sind aus Ihrer Sicht für unseren Wahlkreis am wichtigsten?

In meinen Augen sind die Topthemen in der Region Mobilität, Wirtschaft und Digitalisierung. Dabei bedingen alle Themenfelder einander. Infrastruktur ist der Schlüssel für den Wirtschaftsstandort. Digitalisierung ist das, was Mobilität und die künftige Wirtschaftsentwicklung am meisten betrifft. Dabei geht es darum, dass wir unsere Unternehmen stärken und zukunftssichere Jobs schaffen. Dass wir dabei auch das Handwerk und den Mittelstand, nicht aus den Augen verlieren. Und mir ist es wichtig, dass wir bei den Themen auch niemanden gegeneinander ausspielen. Zur Mobilität der Zukunft gehören das Auto, das Fahrrad und der ÖPNV gleichermaßen. Dabei wird es am Ende keine Rolle spielen, ob das Auto elektrisch, mit Wasserstoff oder

mit synthetischen Kraftstoffen fährt. In Zukunft werden Verkehrsmittel ganz anders vernetzt sein als heute. Wenn wir diesen Wandel positiv begleiten, schaffen wir wiederum auch Jobs in der Region.

In welchem Ausschuss würden Sie im Bundestag gerne arbeiten? Welche Themenfelder interessieren Sie besonders?

Aufgrund meines beruflichen Hintergrunds würde ich mich gerne im Bauausschuss und im Verkehrsausschuss einbringen. Ganz persönlich finde ich auch den Ausschuss für Digitalisierung unglaublich spannend. Ich glaube, dass beides jeweils den größten Mehrwert für die Region bringen kann.

Sie wurde 2008 erstmals in den Stadtrat und Kreistag gewählt und sind mittlerweile Fraktionsvorsitzender im Stadtrat. Welche Erfahrungen haben Sie durch Ihre kommunalpolitischen Tätigkeiten mitgenommen? Was haben Sie vor allem persönlich dazugelernt?

Ich habe gelernt, wie wichtig es ist Brücken zu bauen und Menschen

zu verbinden. Dass man sich nicht selbst über andere stellen darf. Dass man sich nicht selbst für wichtiger nehmen darf, als man tatsächlich ist. Und dass wir niemals für uns selbst handeln, sondern immer für die Menschen, die wir vertreten.

In Ihrer Freizeit kochen Sie gerne. Welches Gericht gelingt Ihnen am besten?

Die Antwort ist schwer. Meine Freundin würde wohl Curry sagen – auch wenn ich selbst nicht der größte Fan davon bin. Ich selbst glaube ja, dass ich am Grill unschlagbar bin. Meine Freunde haben mir allerdings gesagt, dass sie am meisten meine Bolognese vermissen. Coronabedingt mussten sie bereits zum zweiten Mal an meiner nicht stattgefundenen Geburtstagsfeier darauf verzichten.

Der Wahlkampf ist momentan in der heißen Phase und Sie haben zahlreiche Termine. Was tun Sie, um sich auch mal zu entspannen?

Seit meiner Alpenüberquerung bin ich ein leidenschaftlicher Wanderer. Das ist ein Hobby, das sich Gott sei Dank auch zu Corona-Zeiten gut machen lässt. Ansonsten freue ich mich, wenn ich vor dem Einschlafen mal ein Buch lesen kann oder einen Filmeabend mit meiner Freundin verbringen darf.

Sie haben Politikwissenschaften und Geschichte in Erlangen und Budapest studiert und arbeiten momentan als Referatsleiter im Bayerischen Bauministerium in der Landeshauptstadt München. Als JU Bezirksvorsitzender kennen Sie auch die unterschiedlichen Regionen Oberfrankens gut. Inwiefern können Sie diese gesammelten Erfahrungen in ihre politische Arbeit in der Heimat einbringen?

Ich glaube diese Erfahrungen lassen sich jeden Tag in die politische Arbeit einbringen. Gar nicht, weil mir irgendein verkopftes Wissen im Studium oder bei Fortbildungen vermittelt

wurde. Sondern weil ich durch meinen Beruf und vor allem meine Arbeit als Bezirksvorsitzender so viele unterschiedliche Menschen kennenlernen durfte. Auf der einen Seite stellt das natürlich ein tolles politisches Netzwerk dar. Für mich persönlich sind allerdings die dadurch entstandenen Freundschaften viel wichtiger. Freundschaften zu Menschen, die oft gar nicht unterschiedlicher sein könnten. Und wo es mich im Nachhinein überrascht hat, dass sie für mich Freunde fürs Leben wurden.



CSU-FRAKTION RÖDENTAL
**BERICHT AUS
 DEM STADTRAT**

 NAHER AM MENSCHEN



Hausärzte für Rödental

Im Gespräch mit Stadtrat Wolfgang Hacker

Der Bürgermeister hat in der Juni-Stadtratssitzung Handlungsoptionen vorgestellt, mit der er in Rödental die hausärztliche Versorgung langfristig sicherstellen möchte. Was halten Sie davon? Ist das der große Wurf?

Nein, das sehe ich nicht so. Ich erkenne bei den Vorschlägen nicht wirklich Neues. Sie sind eigentlich nur eine Zusammenfassung unterschiedlicher Ideen. Sie zeigen eine gewisse Orientierungslosigkeit bei diesem Thema. Aus meiner Sicht, ist die Frage, die als erstes geklärt werden muss: Wo soll es hingehen? Die Antwort auf diese grundlegende Frage vermissen ich aber. Offenbar soll nur der status quo erhalten werden - ohne zu berücksichtigen, dass sich in den vergangenen Jahren grundlegende Parameter geändert haben. Den heutigen status quo wird es in fünf Jahren nicht mehr geben. Ich bezweifle daher, dass die u.a. angedachte Werbeaktion bei Medizinstudenten das Problem lösen wird. Wer heutzutage Hausarzt werden möchte, der kann sich mehr oder weniger aussuchen, wo er sich niederlässt. Sehr viele Praxisinhaber im ganzen Land suchen händeringend nach Nachfolgern. Allein in und um Coburg fehlen nach Berechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung über 20 Hausärzte. Damit liegt unsere Region bayernweit an der (traurigen) Spitze. Und die Situation wird sich in den kommenden Jahren noch weiter verschärfen. Nach den offiziellen Zah-

len der Bundesärztekammer waren Ende 2020 bundesweit mehr als 40 % der ambulant tätigen Allgemeinmediziner 60 Jahre alt und älter.

Woran liegt es Ihrer Meinung nach, dass so viele Hausarztstellen unbesetzt sind?

Es ist nicht so, dass der Beruf des Hausarztes unattraktiv wäre. Meiner Erfahrung nach können sich viele junge Ärzte dem Grunde nach vorstellen, irgendwo als Hausarzt tätig zu sein. Dennoch wagen sie nach der Ausbildung zum Facharzt nicht den Schritt zu einer eigenen Praxis. Hierbei spielt sicher eine Rolle, dass heute ein überwiegender Teil der Absolventen eines Medizinstudiums weiblich ist. Das hat die Vorstellungen und Wünsche an den Arbeitsplatz verändert. So steht nach der langjährigen Ausbildung bei vielen Ärzten erst einmal die Familienplanung im Vordergrund. In dieser Situation scheuen sie aber den Schritt in die Selbstständigkeit. Es ist bekannt, dass junge Mediziner daher heute eher einen Arbeitsplatz, an dem sie in Festanstellung mit geregelten Arbeitszeiten und gemeinsam mit Kollegen arbeiten können, bevorzugen. Einzelpraxen, wie es sie früher häufig gab, haben heute massiv an Attraktivität verloren.

Werden denn Einzelpraxen aussterben?

Das ist eine schwierige Frage. Aber uns sollte klar sein, dass ein Hausarzt,

der mit seiner Praxis 24 Stunden am Tag an sieben Tagen in der Woche für seine Patienten da ist, ein unerfüllbarer Wunschtraum ist. Der Trend geht eindeutig zu gesellschaftsrechtlichen Kooperationen und Berufsausübungsgemeinschaften. Das ist auch durchaus nachvollziehbar: Nehmen Sie z.B. einen jungen Arzt, der aus familiären Gründen nur in Teilzeit arbeiten möchte. Dieser wird sich nicht eine Praxis mit den ganzen Unkosten leisten können. Denn der bürokratische Aufwand durch die Patientenverwaltung oder die Abrechnung mit der Kassenärztlichen Vereinigung bleibt bei einer Teilzeitpraxis gegenüber einem in Vollzeit arbeitenden Kollegen mehr oder weniger gleich - nur dass der Teilzeit-Arzt wegen seiner reduzierten Arbeitszeit am Ende weniger Patienten behandelt haben wird - und damit unterm Strich auch weniger Geld verdienen wird. Das ist nicht sehr attraktiv. Dieser Mediziner wird daher eher dazu neigen, sich in einer bestehenden Praxis oder in einem Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) anstellen zu lassen.

Kann denn eine Kommune wie Rödental an dieser allgemeinen Situation überhaupt etwas ändern?

Wenn ich diese Entwicklung kenne und weiß, dass in meiner Stadt in den kommenden Jahren eine Unterversorgung droht, muss ich mir als Kommune Gedanken machen, ob und wie ich Einfluss auf die Rahmenbedin-

gungen nehmen kann. Es reicht dann nicht aus, abzuwarten und darauf zu hoffen, dass sich die Situation von alleine regeln wird. Ich darf nicht nur reagieren, wenn es bereits brennt. Sonst droht man, auf der Strecke zu bleiben. Wie gesagt: Rödental ist nicht die einzige Kommune, in der der hausärztliche Notstand droht. Andere Städte und Gemeinden entwickeln in dieser Situation viele kreative Ideen, um auf sich aufmerksam zu machen.

Zum Beispiel?

Im niederbayerischen Kollnburg hat z.B. die Gemeinde in einer Stellenanzeige damit geworben, dass die Bürgermeisterin noch unverheiratet ist. Sicher war das vor allem ein Marketing-Gag. Aber am Ende hat es geholfen, weil die Gemeinde durch diese humorvolle Aktion bundesweit in den Schlagzeilen war.

Heißt das, dass Rödental ein Vermarktungsproblem hat?

Nein, das würde ich so nicht sagen. Aber eine attraktive Außendarstellung ist bei der Problemlösung sicher hilfreich. Ein entsprechendes Engagement und Einfallsreichtum können auch das Zeichen einer Wertschätzung sein, die über die Stadtgrenze hinaus ausstrahlt. Zudem wäre das auch ein wichtiges Signal an die hier bereits niedergelassenen Ärzte. Es wäre fatal, wenn diese den Eindruck bekämen, dass die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Rödental nicht ganz oben auf der Tagesordnung steht. Der Hausärzte Verband Coburg hat wiederholt angemahnt, dass die Belastungsgrenze bei den Ärzten der Region erreicht ist.

Wo sehen Sie dann vor allem Handlungsbedarf?

Ich denke, dass wir uns im Stadtrat immer wieder bewusst machen müssen, dass die hausärztliche Versorgung zum Bereich der Daseinsvorsorge gehört - ähnlich wie z.B. die Stromerzeugung, der Straßenbau

oder die Müllabfuhr. Dies muss dazu führen, dass wir die Möglichkeiten, die wir haben, nicht von vornherein zerreden. Die Beteiligung der Stadt an einer Ärztegenossenschaft oder die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums in kommunaler Hand sollte nicht bereits deswegen als Lösungsweg ausgeschlossen werden, weil sie mit einem wirtschaftlichen Risiko verbunden sind.

Was genau meinen Sie damit?

Wenn wir im Stadtrat z.B. darüber diskutieren, ob eine Straße gebaut werden soll, fragt auch keiner ernsthaft, ob es überhaupt genügend Baufirmen gibt, die die Arbeit ordentlich erledigen würden. Auch werden üblicherweise keine Bedenken dahingehend geäußert, ob sich der Bau der Straße wirtschaftlich amortisieren wird. Wie selbstverständlich greifen wir auf die Expertise von externen Planungsfirmen oder Beratern zurück, sofern die Stadt nicht selbst Fachleute dafür beschäftigt. Das Argument, dass ein Bürgermeister kein MVZ leiten könnte, greift nicht. In anderen Bereichen, wie z.B. bei den Stadtwerken, gibt es diese Berührungspunkte komischerweise nicht.

Auch halte ich nichts davon, angehenden Ärzten von vornherein die Leidenschaft für ihren Beruf abzusprechen. Es mag zwar sein, dass ein Mediziner, der sich als Selbständiger mit einer eigenen Praxis seinen Lebensraum verwirklicht hat, anders auf seine Berufstätigkeit blickt, als ein Angestellter. Es wäre aber aus meiner Sicht verfehlt, angestellten Berufstätigen generell zu unterstellen, dass sie ihren Beruf nicht mit dem gleichen Engagement wie ein Selbständiger ausüben.

Rödental benötigt dringend ein Gesamtkonzept und innovative Ideen. Wir sollten unbedingt Kontakt zu den Kommunen aufnehmen, die bereits einen Schritt weiter sind und die hausärztliche Versorgung in die

eigene Hand genommen haben. Von deren Erfahrungen können wir profitieren. Darüber hinaus benötigen wir externe Berater, die uns auf dem Weg begleiten und die Diskussion fachlich leiten können. Ich persönlich sehe auch Potenzial für ein Hausarztzentrum am Bürgerplatz. Hier muss die räumliche Situation ermittelt und die Eigentümer in die entsprechenden Planungen miteinbezogen werden. Wir sehen am Beispiel vom Esco-Park in Coburg, wie sich ein Gebiet erfolgreich zu einer Art Medical Valley entwickeln kann.

Wie sehen Sie insgesamt die Chancen für Rödental?

Ich hoffe, dass wir nicht bereits zu viel Zeit verloren haben. Es ist ja nicht so, dass es in den vergangenen Jahren keine mahnenden Stimmen gegeben hätte. Auch wir von der CSU haben immer wieder Vorschläge gemacht und darauf gedrängt, dass das Thema in den zuständigen Gremien und auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Offensichtlich hat das bisher praktizierte Format - eine inoffizielle Runde, in der sich der Bürgermeister ein paar Mal mit ortsansässigen Ärzten getroffen hat - zu keinen tragfähigen Ergebnissen geführt. Vielleicht hätte es hier bereits früher eine viel breiter angelegte Diskussion geben müssen. Wenn die nun vorgelegten Handlungsvorschläge des Bürgermeisters dazu führen, dass dies jetzt endlich erfolgt, dann ist das ein Schritt in die richtige Richtung.

Dr. Wolfgang Hacker ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Medizinrecht; darüber hinaus absolvierte er den Studiengang Master in Health and Medical Management. Seit 2020 sitzt er für die CSU im Rödentaler Stadtrat.



Klinikum Coburg – Investition in die Zukunft einer hochmodernen Patienten- versorgung

Gesundheit ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Zukunft. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung unserer Region – ambulant wie stationär – ist und bleibt daher eines der drängendsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Die CSU setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, dass rechtzeitig und vorausschauend die Maßnahmen getroffen werden, die erforderlich sind, um den gewachsenen Anforderungen gerecht werden zu können.

Schon seit vielen Jahren beschäftigt das Thema „Klinikum Coburg“ den Kreistag. Aktuell sind im Krankenhaus 510 akutstationäre Betten vorhanden und es werden rund 1300 Mitarbeiter beschäftigt. Allein das Versorgungsgebiet von Landkreis und Stadt Coburg umfasst rund 126.000 Einwohner.

In der medizinischen Landschaft hat sich in den vergangenen Jahren viel verändert. Das Klinikum platzt aus allen Nähten. Neue Therapie- und Behandlungskonzepte fordern eine moderne Ausstattung. Die letzte grundlegende und größere Renovierung am Bau an der Ketschendorfer Straße im Coburger Süden liegt schon viele Jahrzehnte zurück. Der Klinikverbund REGIOMED forderte daher von der Kommunalpolitik zu Recht eine richtungsweisende Entscheidung: Klinikum Coburg – **Generalsanierung oder Neubau.**

Die Entscheidungsfindung hat sich der Coburger Kreistag nicht leicht

gemacht. Es galt, die Mitglieder des Kreistages über eine Vielzahl von Fakten zu informieren. Auf der einen Seite fand sich die Option Generalsanierung. Das bedeutet, langjähriger Umbau bei laufendem Klinikbetrieb und begrenzte Erweiterungsmöglichkeiten. Die Alternative heißt Neubau. Bei dieser Option entsteht ein Neubau auf der „grünen Wiese“ unter



modernen und zukunftsfähigen Gesichtspunkten, also auch beste Qualität der medizinischen Versorgung in der Region.

Die CSU-Kreistagsfraktion votierte schließlich einstimmig für den Neubau eines neuen Klinikums. Wenige Tage später sprach sich auch der Stadtrat Coburg für die Baumaßnahme aus. Mit diesem positiven Votum konnte der Antrag zur Aufnahme in das Bayerische Krankenhausprogramm gestellt werden. Im März 2021 kam grünes Licht vom Bayerischen Gesundheitsministerium. Da-

mit ist der Weg frei für den Neubau eines hochmodernen Klinikums. Es könnten bis zu 630 Betten entstehen.

Die Gesamtkosten für ein solches Projekt werden (Stand: Juli 2020) bei rund 500 Mio. Euro liegen. Nach Abzug von möglichen Fördergeldern ist davon auszugehen, dass das Klinikum Coburg und der Krankenhauszweckverband, der aus Stadt und Landkreis Coburg besteht, je ca. 100 Mio. Euro beisteuern müssen. Zum Vergleich: Der Haushaltsplan des Landkreises für das Jahr 2020, in dem sämtliche Einnahmen und Ausgaben zusammengefasst sind, hatte ein Volumen von insgesamt ca. 97 Mio. Euro. Der Klinikneubau wird daher zu einer nicht nur unerheblichen finanziellen Mehrbelastung führen. Die CSU ist sich aber sicher, dass dieser finanzielle Beitrag gut investiert ist.

Der Anfang zu diesem Megaprojekt ist gemacht, nun gilt es zügig die nächsten Schritte einzuleiten. Die Standortfrage ist abzuklären. Als Favorit gilt das ehemalige BGS-Gelände in Coburg. Noch liegt viel Arbeit vor den Verantwortlichen – wenn aber alles optimal läuft, könnte im Jahr 2030 das neue Klinikum in Betrieb gehen und damit ein entscheidender Baustein für eine erfolgreiche Zukunft unserer Region werden.

Gerd Mücke, Kreisrat